

Der Ministerpräsident über die Zukunft Ostgaliziens und der Bukowina.

Vorgestern vormittags fand eine Besprechung des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic mit Vertretern der ukrainischen Politiker statt. Es hatten sich eingeladen: Herrenhausmitglied Hofrat Horbaczewski, die Abgeordneten Romanczuk, Petruszewicz, Dr. Kost Lewickij, Eugen Lewickij, Ritter Cassillo und Ritter v. Lukaszewicz.

Im Laufe der eingehenden Erörterung, bei der allen Fragen zur Sprache kamen, gedachte der Ministerpräsident ihm bekannt gewordener Äußerungen der Bevölkerung, welche durch gewisse Gerüchte über die eventuellen Grenzverschiebungen im Osten hervorgerufen worden sei. Graf Clam-Martinic erklärte, es liege daran, irrtümliche Auffassungen oder Mißverständnisse, die dieser Beunruhigung weiterer Kreise des ukrainischen Volkes zugrunde lägen, zu beseitigen. Er sei in der Lage, an die bekannte Rundgebung des Herrn Ministers zu erinnern, daß die Monarchie

auf dem Standpunkt eines ehrenvollen Friedens ohne Gebietsabtretungen stehe, es sei daher selbstverständlich, daß auch keinerlei solche Abtretungen bezüglich Ostgaliziens oder der Bukowina von irgendeiner maßgebenden Stelle intendiert seien. Tendenzlose Gerüchte, welche anderes behaupten wollten, seien aus der Luft gegriffen.

Die Regierung wisse es, daß der von der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens und der Bukowina während dieser schweren Kriegszeit erprobte Patriotismus nicht hinter dem der anderen Nationen Oesterreichs zurückgeblieben sei, es seien vielmehr zahlreiche Beispiele vorbildlicher patriotischer Opferwilligkeit der ukrainischen Bevölkerung dieser Gebiete bekannt und er könne in dieser Hinsicht der im Kriege bewährten Tätigkeit der nationalen ukrainischen Organisationen gedenken, die bereits vordem gegenüber staatsfeindlichen Umtrieben aufklärend gewirkt hätten. Die Regierung sei entschlossen, dem Entwicklungsbedürfnisse des ukrainischen Volkes Rechnung zu tragen, es solle keine Ursache haben, wegen Nichterfüllung seines Anspruches auf gleiche Behandlung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Klage zu führen. Es werde das ernsteste Bestreben der Regierung sein, bei der kommenden Neuordnung der Verhältnisse einen Weg zu finden, der auch den Wünschen des ukrainischen Volkes entspreche. Der Ministerpräsident erinnerte an die Worte, die der Kaiser anlässlich seines jüngsten Besuches in Krakau für die Verständigung beider Nationen gesprochen, und appellierte an die Erschienenen, im Sinne des großen Zieles dieser Verständigung zu wirken.

In Beantwortung der von den Vertretern der Bukowina vorgebrachten bezüglichen Darlegungen versicherte der Ministerpräsident schließlich, daß die Regierung die wirtschaftliche Wiederaufrichtung dieses durch den Krieg so schwer heimgesuchten Landes als ihre heilige Pflicht ansehe.